

Ausgabe Februar 2014

# pro+kontra

## Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Unter Blinden wird der Einäugige zum König:

### Haushalt 2013 doch noch ausgeglichen

Beim Neujahrsempfang der Stadt Püttlingen ging Bürgermeister Speicher auch auf die Finanzlage der Stadt ein, wobei er einräumte, diese sei zwar hart, aber „nicht ohne Hoffnung“. Nicht ohne Stolz vermerkte der Bürgermeister, dass der Jahresabschluss für 2013 am Ende doch noch ausgeglichen werden konnte. Das ist durchaus bemerkenswert, aber daraus ein „Wunder“ zu konstruieren, wie das die SZ am 17. Januar gemacht hat, stimmt einfach nicht. Hier werden Illusionen geweckt, die keine Grundlage haben:

### Das „Wunder von Püttlingen“

Angenehme Überraschung: Haushalt der Stadt war 2013 doch ausgeglichen

Als der Haushalt für 2013 aufgestellt wurde, war zunächst mit einem Minus von 1,8 Millionen Euro gerechnet worden. Dann gab es im Laufe des Jahres einige bilanztechnische Verbesserungen, wobei bestimmte Anlagewerte nachaktiviert wurden, an den Sonderabschreibungen wurde etwas gefummelt, Gewerbesteuererinnahmen stiegen in die Höhe, bei den Schlüsselzuweisungen gab es Änderungen. Alle diese Maßnahmen zusammen haben zu einem Jahresausgleich für 2013 geführt.

So schön sich das ansieht, ist jedoch keine Trendwende erkennbar. Im Gegenteil. Nur weil die Verwaltung auf Teufel komm raus gespart hat, ist dieser Schönheitsfleck erst möglich geworden. Aber auch im neuen Jahr muss mit einem Defizit gerechnet werden: Von 2,9 Millionen Euro ist die Rede. Es bleibt also dabei, dass der Handlungsspielraum der Stadt aufgrund der Finanzlage stark eingeschränkt ist und sich in nächster Zeit kaum ändern wird. Nach wie vor sind die Gründe wirksam,



Am 25. Mai steht das Rathaus wieder im Mittelpunkt des Interesses, denn der Stadtrat wird neu gewählt. Auch die DKP wird sich unter neuer Führung an der Wahl beteiligen. Franz Hertel, der nach 40-jähriger Ratsarbeit ausgeschieden ist, fordert die Bürger unserer Stadt auf, seinen Nachfolgern eine Chance zu geben und sich für die DKP zu entscheiden.



Hans Schwindling (62) gehört seit 1999 dem Püttlinger Stadtrat an. In diesen 15 Jahren konnte er viele Erfahrungen sammeln, die er nun als neuer Vorsitzender der DKP-Fraktion gut gebrauchen kann. Schwindling ist derzeit dabei, eine Liste für den Stadtrat vorzubereiten, worüber wir nächstes Mal berichten.

welche die DKP-Fraktion in der Dezember-Sitzung veranlasst haben, gegen den Haushaltsetat für das Jahr 2014 und gegen die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes zu stimmen

Wie Besorgnis erregend die Finanznot in Püttlingen ist, soll eine Zahl verdeutlichen: Die Kassenkredite belaufen sich inzwischen auf 45 Millionen Euro. Ohne diese Kredite, könnte die Stadt weder das Personal rechtzeitig bezahlen noch irgend etwas anschaffen.

Püttlingen ist kein Einzelfall und wir gehören immerhin zu denen, die einen genehmigten Haushaltsplan haben (von wegen einäugiger König!), aber um welchen Preis?

**Im Übrigen sind die saarländischen Kommunen bundesweit am höchsten verschuldet. So liegt die Verschuldung durch Kassenkredite an der Saar bei 1.749 Euro pro Einwohner, im Bundesdurchschnitt sind es nur 580 Euro. Die Kassenkredite, die derzeit bei knapp 2 Milliarden Euro liegen, machen 60 Prozent aller kommunalen Schulden im Saarland aus.**

Unlängst hat die Saarbücker Oberbürgermeisterin Ch. Britz betont, dass die „eklatante Haushaltsnot der Städte den sozialen Frieden“ gefährde und vom Bund neue Investitionsprogramme für die Kommunen verlangt.

# Kein Geld? Das kann wohl nicht stimmen. Es kommt halt immer auf die Verteilung an

Die 52 saarländischen Städte und Gemeinden beklagen ein **strukturelles Haushaltsloch von jährlich 100.000 Millionen Euro**, wie der Kaiserslauterner Prof. Junkernheinrich in einem Gutachten festgestellt hat. Junkernheinrich hat erläutert, dass die Kommunen jedes Jahr 40 Millionen Euro Zinsen zahlen müssen, ein extrem hoher Betrag. Als Hauptgründe sieht er die hohen, vom Bund verursachten Sozialleistungen der Kommunen und die unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen.

Bundesweit hat der Städte- und Gemeindebund Alarm geschlagen und **vom Bund 128 Milliarden Euro gefordert**. Diese Summe sei nötig, um Schlaglöcher zu beseitigen, bröckelnde Brücken instandzusetzen und marode Schwimmbäder zu retten. Nach den Angaben sind 15 Prozent der kommunalen Brücken nicht mehr standsicher.

So wie es aussieht, gibt es trotz dieser richtigen Feststellungen **keine Ausichten auf positive Veränderungen**, die Kommunen werden weiterhin auf Rotstift getrimmt. Daran hat Innenministerin Bachmann unlängst keinen Zweifel gelassen: Die Kommunen müssen „auf dem steinigen Weg der Konsolidierung ihrer Haushalte eigene schmerzliche Beiträge erbringen“.

## Kommunalpolitik in Püttlingen:

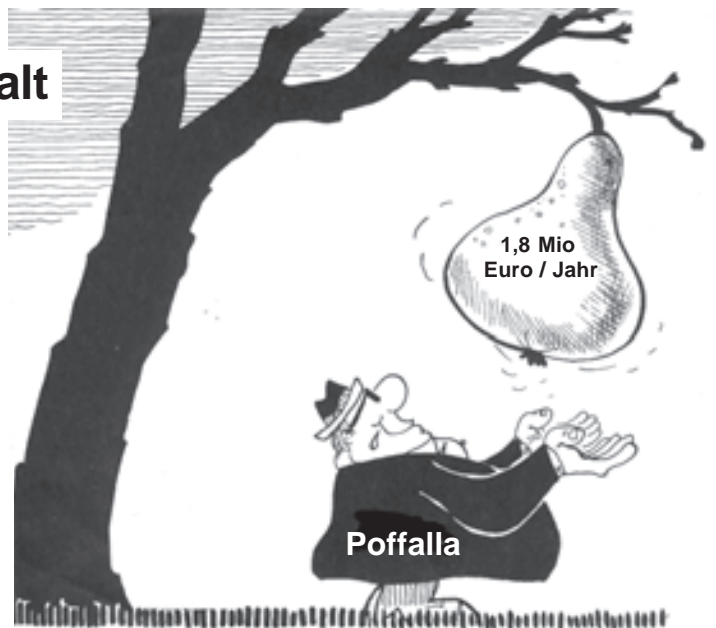
### Sechs Punkte, auf die es ankommt!

Man muss das Rad nicht bei jeder Gelegenheit neu erfinden. Das gilt auch für die Kommunalpolitik im Rathaus. Hier hält sich die DKP an jahrelange Erfahrungen und erprobte Konzepte.

Wir haben vor fünf Jahren Schwerpunkte unserer politischen Tätigkeit herausgearbeitet, die auch in diesem Wahlkampf im Vordergrund stehen. Die von uns ausgewählten Punkte geben die geplante Richtung an, damit die Wähler auch wissen, wohin die Reise geht:

1. Arbeit und sozialer Fortschritt zuerst
2. Auf Bildung und Kultur kommt es an
3. Umweltschutz und Lebensqualität
4. Geld ist für die Stadt lebenswichtig
5. Es geht immer erst um die Menschen
6. Für mehr Sicherheit und Demokratie

Die DKP fordert die Wähler auf, sie am 25. Mai dafür zu unterstützen.



O, göttliche Angelina, vielen Dank für so süße Früchte!

Immer wieder wird behauptet, dass „überall gespart“ werden müsse. **Leider stimmen aber Worte und Taten nicht überein.**

Nehmen wir die zurückliegende Regierungsbildung in Berlin. Da wurden Stellen für 33 Parlamentarische Staatssekretäre geschaffen, soviel wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. **Diese neuen Spitzenposten kosten 17.500 Euro pro Monat je Person.** Dabei gar nicht zu reden von den vielen Posten, in die abgehalfterte Abgeordnete und Minister abgeschoben werden mussten, was natürlich auch in die Millionen geht. Nehmen wir nur das Beispiel Poffalla. Dieser politische Tiefflieger, der beim besten Willen nicht mehr in der Regierung gehalten werden konnte, durfte dennoch nicht ins Bodenlose fallen. Also wurde dafür gesorgt, dass bei der Bahn ein neuer Posten geschaffen wird, bei dem der ehemalige Kanzleramtsminister mit einem Salär bis zu 1,8 Millionen Euro im Jahr auskommen muss.

Das alles kostet Geld und irgendwoher muss es ja genommen werden. Und weil wir eine Regierung der Postenjäger, Karrieristen und Vetternwirtschaftler haben, ist es kein Wunder, wenn der kleine Steuerzahler am Ende die Rechnung zahlen muss.

**Nehmen wir ein anderes „Fass ohne Boden“, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Genau kann die Bundesregierung die Kosten der bisherigen Bundeswehr-Auslandseinsätze**

**nicht benennen. Gewiss ist aber, dass sie seit 1992 mehr als 17 Milliarden Euro Steuergeld gekostet haben.**

Nach zwölf Jahren Krieg verlässt nun die Bundeswehr das Kampfgebiet Afghanistan. Was dabei herausgekommen ist, kann niemand genau definieren. Das Land ist weder dauerhaft befriedet, noch sind die Probleme gelöst. Im Gegenteil Die Taliban haben größeren Einfluss denn je. Und dafür wurden Milliarden Euro investiert?

Doch Afghanistan ist nur einer von vielen weltweiten Tummelplätzen der Bundeswehr. Derzeit ist deutsches Militär mit 6200 Soldatinnen und Soldaten in zehn unterschiedlichen Auslandseinsätzen verwickelt. Seit 1990 agierte die Bundeswehr in 44 Auslandseinsätzen (Siehe auch S.4: Afrika).

Doch zurück zu den 17 Milliarden Euro, welche uns die Auslandseinsätze auf jeden Fall gekostet haben. Diese Summe entspricht den gesamten Ausgaben des Bundes für Bildung und Wissenschaft in einem Jahr. Oder anders gesagt: Diese 17 Milliarden Euro hätten genügt, um 2013 zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt zu gelangen. Eine solche Verwendung wäre zweifellos sinnvoll gewesen und hätte Unterstützung verdient gehabt.

**pro+kontra**

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Hans Schwindling, Weiherberg 51. Eigendruck



Die chilenischen Künstler Romina Tobar und Daniel Osorio gestalteten den kulturellen Rahmen, als Franz Hertel am 30. November von seinen Parteifreunden nach langjähriger Tätigkeit im Stadtrat verabschiedet wurde.

## Ein Beispiel für die „Marke Püttlingen“

Es war im Oktober, als die Mitglieder des Stadtrates über alle Fraktionen hinweg „stehend applaudierten“ (SZ vom 18.10.13), um Franz Hertel für seine 40jährige Arbeit im Rathaus zu danken. Den Freunden der Linkspartei war das zu wenig. Sie beantragten die Verleihung der Ehrenbürgerrechte. Dieser Punkt wurde eingebracht, vertagt, vorbereitet und dann dem Stadtrat am 5. Februar zur Entscheidung vorgelegt. Das war in nichtöffentlicher Sitzung. Über das Ergebnis kann man nichts Genaues sagen. Soviel hat sich aber he-

rumgesprochen: Während die linken Parteien dafür plädiert haben, schwieg sich die CDU aus und lehnte wohl einmütig ab, sonst wäre der Antrag ja angenommen worden.

Ob das jemanden in Püttlingen überrascht? Eigentlich Nein. Denn es entspricht der „Marke Püttlingen“, dass in der Köllertalstadt nur durchstartet, was mit der Union konformgeht. Wäre Hertel in der „richtigen“ Partei, so wäre er schon längst in den „Olymp der zu Ehrenden“ aufgestiegen. So aber? Selber schuld oder nicht?

## Der Drogeriemarkt als Dauerthema

Die Versorgung der Bürger durch einen Drogeriemarkt ist ein drängende Aufgabe. Das kann nicht bestritten werden. Seitens der Stadt und dem „Stadtmanager“ wurde auch schon einiges unternommen, um das Problem zu lösen. Doch bislang scheint alles vergebens.

Die Sache ist nicht gerade einfach: Große Drogeriemärkte (wie DM oder Rossmann) benötigen riesige Verkaufsräume, was noch problematischer ist: Parkflächen. Dann soll da auch noch ein Einkaufsmarkt in der Nähe sein, um die Nachfrage zu sichern. Auf diese Weise wird die Stadt gedrängt, ihr letztes Gelände für eine Planung zu öffnen, die bisher so nicht vorgesehen war. Und wenn dann gar die Rede davon ist, den Köllerbach einfach zuzudeckeln, um genügend Parkflächen zu bekom-

men, muss die DKP schon jetzt ihren Widerspruch anmelden.

Bleibt da überhaupt noch Platz für kleine Lösungen, wie das andernorts vielfach erprobt wird? Da gibt es beispielsweise in einigen bundesdeutschen Städten so genannte ID-Läden (Ihr Drogeriemarkt), die von ehemaligen Beschäftigten der Schleckerfilialen geleitet werden und zahlreiche Schwerbehinderte beschäftigen.

Wie aus SZ-Berichten zu entnehmen war, ist am 30. Januar 2014 auch in der Bergstraße 62 in Saarbrücken-Burbach ein neuer ID-Markt eröffnet worden, womit wohl deutlich wird, dass auch „kleinere“ Lösungen ohne die Drogerieketten möglich sind. Es wäre sicher sinnvoll, sich einmal in Burbach kundig zu machen und darüber zu sprechen.



## Streiflichter des kommunalen Geschehens

### Kurz und knapp

Eine internationale Jugendbegegnung im Rahmen des „Europäischen Städtebündnisses“ wird im August in unserer Stadt durchgeführt. Schon seit Jahren finden diese Treffen in einer der sieben Partnerstädte statt, diesmal ist Püttlingen an der Reihe. Der Stadtrat hat den entsprechenden Beschluss auch mit den Stimmen der DKP gefasst.

\*

**Widerspruch gegen Regionalverband.** Es geht dabei um die Regionalverbandsumlage, die für Püttlingen in 2013 bei 6,6 Millionen Euro liegt und nach Ansicht der Verwaltung nicht ausreichend genug begründet ist. Bei den Fraktionen gab es dazu unterschiedliche Ansichten. Die DKP stimmte für den möglichen Klageweg, um alles zu nutzen, die Belastungen für die Stadt zu reduzieren.

### Selbstversorger geben Beispiel

Zuerst mal an sich selbst denken, so sieht das die Große Koalition in Berlin und plant, die Diäten der Bundestagsabgeordneten in einem ersten Schritt zum 1. Juli um 415 Euro auf 8.667 pro Monat zu erhöhen. Zum Jahreswechsel soll dann in einem zweiten Schritt eine weitere Erhöhung um 415 auf dann 9.082 Euro/Monat folgen.

Diese Selbstbedienungsmentalität von CDU/CSU und SPD ist für „normale“ Beschäftigte nicht mehr nachvollziehbar. Oft genug erleben Arbeitnehmer und ihre Organisationen unverschämte Anfeindungen, wenn es um geringe Prozentförderungen geht. Die Gewerkschaften sind jetzt gut beraten, in den bevorstehenden Tarifkämpfen nicht so zimperlich zu sein. Der Bundestag hat eine Vorlage geliefert.

Betroffene wehren sich:

## Krankenhäuser in extremer Not

Erinnern Sie sich?

Am 12. Oktober fand in Saarbrücken eine der größten Protestaktionen im Bereich des Gesundheitswesens statt. Mehr als 4.000 Beteiligte brachten durch Buhrufe und Pfiffe ihre Empörung über die extreme Not im saarländischen Krankenhauswesen zum Ausdruck.

Diese Demonstration war von der Gewerkschaft Verdi-Saar und dem Arbeitgeberdachverband Saarländische Krankenhausgesellschaft (SKG) gemeinsam organisiert worden und es ging um Gemeinsamkeiten im Kampf gegen die skandalöse Unterfinanzierung der Kliniken. Eindringlich wurde an Bundestag und Regierung appelliert, den „Versorgungsauftrag“ sicherzustellen, denn die personelle Unterbesetzung in den Krankenhäusern sei inzwischen so dramatisch, dass die Pflegerinnen und Pfleger kaum noch Zeit hätten, sich um



die vielen Patienten auf den voll belegten Stationen zu kümmern.

Während der Aktion hat auch die DKP Saar in einem Flugblatt zur Lage im Gesundheitswesen Stellung genommen und sich mit den Demonstranten solidarisiert. So schreibt die DKP: „Die Misere in den Krankenhäusern betrifft aber nicht nur die Beschäftigten sondern auch der Patienten. Deshalb ist die

Solidarität mit den Krankenhausbeschäftigten und die Unterstützung ihrer Forderungen aus der Bevölkerung heraus nötig und wichtig“.

Ausdrücklich verweist die DKP darauf, dass vor allem die Schuldenbremse verheerende Auswirkungen hat: „Nach dem Personalabbau im öffentlichen Dienst schlägt jetzt die Schuldenbremse bei den Krankenhäusern zu. Die Landesregierung, die ihre Hauptziel im „Sparen“ sieht, will z.B. die Investitionszuschüsse für die Krankenhäuser um weitere 3,7 Millionen Euro kürzen“. Nach Ansicht der DKP ist keine Koalition (weder in Berlin noch in Saarbrücken!) in der Lage, die anstehenden Probleme im Gesundheitsbereich zu lösen und beispielsweise eine echte Bürgerversicherung, für die dann Alle zahlen müssten, durchzusetzen. Dafür erforderlich ist ein radikaler Politikwechsel, der mit der Umverteilung zugunsten der Reichen Schluss macht.

Allein mit einer Vermögensabgabe von 10 Prozent und einer Vermögenssteuer von einem Prozent könnte zum Beispiel der saarländische Landeshaushalt dauerhaft entschuldet werden. Auf die Bundesrepublik hochgerechnet wäre genug Geld da, um das Gesundheitswesen und andere Bereiche ausreichend zu finanzieren.

Es gibt also noch vieles zu tun. Und bevor auch im Gesundheitswesen die Weichen neu gestellt werden, sind wohl noch viele Aktionen von ver.di und den Sozialorganisationen notwendig, um berechnete Forderungen durchzusetzen. Soviel ist sicher: Die DKP wird solidarisch dabei sein.

## Größere Bundeswehreinätze in Afrika unverzichtbar

Frau von der Leyen (CDU), die neue Kriegsministerin, verkündete am 28. Januar im „Spiegel“: „Wir Deutsche“ könnten in Afrika „nicht zur Seite schauen, wenn Mord und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind. Die bisherige Linie „militärischer Zurückhaltung“ sei nicht mehr angebracht.

Nur zwei Tage später, sinnigerweise am 30. Januar, an dem das deutsche Großkapital vor 71 Jahren die Nazis an die Macht hievte, zog Außenminister Steinmeier (SPD) in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ nach: „Es wird zu Recht von uns erwartet, dass wir uns einmischen.“ Deutschland sei „zu groß, um Weltpolitik nur zu kommentieren“.

Der Dritte in diesem unseligen Bunde darf da natürlich nicht fehlen: Am 31. Januar verlieh Bundespräsident Gauck

als Galionsfigur der Schein- und Doppelmoral der Herrschenden der „neuen Rolle Deutschlands in der Welt“ die pastorale Weihe. In seiner „Grundsatzrede“ zur Eröffnung der „Münchener Sicherheitskonferenz“ verkündete er, die Bundesrepublik müsse sich „früher, entschiedener und substanzieller“ in internationale Konflikte und auch Militäreinsätze einbringen. Es sei an der Zeit, die Erinnerung an „Deutschlands historische Schuld“ nicht länger als Hemmung dafür zu benutzen.

Offenbar ist damit eine neue Etappe eingeleitet worden, um der weit verbreiteten Ablehnung deutscher Militäreinsätze im Ausland entgegenzuwirken. Die deutsche Industrie will künftig stärker mitmischen, wenn es um Machtverteilung, Einfluss und Profite geht. Die Bundeswehr als Instrument zur Durchsetzung wirtschafts- und machtpolitischer Ziele wird immer deutlicher.

Im Übrigen: Wenn schon überall Geld fehlt und wir nachhaltig sparen müssen, dann soll wenigstens das neue Afrikakorps keine Not leiden, dafür wird die neue „Truppenmutter“ bestimmt zu sorgen wissen.

